

Auflösung des Landtags ist nicht der Weg

Standpunkt des FBP-Präsidenten Rainer Gopp

Eine Landtagsauflösung aufgrund der Coronapolitik ist meines Erachtens der falsche Weg.

In Liechtenstein haben Bürgerinnen und Bürger weitgehende direktdemo-

kratische Rechte. Mit den notwendigen Unterschriften kann ein Referendum gegen oder eine Initiative für eine Gesetzesvorlage angestossen werden. Auch kann mit genügend Unterschriften eine Abstimmung zur Auflösung des Landtages erreicht werden. Es ist durchaus wünschenswert, wenn sich die Menschen im Lande aktiv politisch einsetzen! Warum gegenwärtig aber der Landtag aufgelöst und Neuwahlen angestrebt werden sollen, kann ich nicht nachvollziehen. Bei den letzten Landtagswahlen vor einem Jahr wurden die Regierungsparteien trotz ihrer Coronapolitik unterstützt und die Koalition gestärkt. Muss man nun davon ausgehen, dass dies ein (Corona-)Jahr später anders aussieht? Ich glaube das nicht. Man kann die Haltung vertreten, dass der



Landtag eine noch aktivere Rolle hätte einnehmen müssen. Ob dies aber viel geändert hätte, kann meines Erachtens angezweifelt werden – dies

auch weil der Landtag die Pandemie-strategie zu jeder Zeit unterstützt hat. Ich bin überzeugt, beim Ansinnen der Initianten geht es nicht zuletzt auch darum, der neuen Partei in den Landtag zu verhelfen. Meines Erachtens würden potenzielle Neuwahlen aber vor allem auch hohe Kosten und Unsicherheit in Liechtenstein verursachen – grosse Veränderungen erwarte ich mir nicht. Wahlkampf, Koalitionsverhandlungen, Ressortverteilungen und Organisatorisches in der Verwaltung, usw., würden die Ressourcen meines Erachtens am falschen Ort binden – es würde unser System eine bestimmte Zeit unnötig lähmen. Politische Beteiligung ist sehr wichtig, aber aufgrund dieses Themas den kürzlich gewählten Landtag aufzulösen, erachte ich als den falschen Weg.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Warum hat Liechtenstein kein Klimaministerium?

Kommentar der Jungen FBP

Neue Herausforderungen brauchen neue Antworten. Müsste die liechtensteinische Politik dann nicht auch beim Klima in neuen Strukturen denken?

Seit gut einem Monat ist Robert Habeck Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, ein Ministerium, das es so auch erst seit diesem Monat gibt. Bis dahin war der Klimaschutz in anderen Ministerien integriert, ohne aber eine separate Rolle zu erhalten. Die deutsche Bundesregierung reagiert damit auf Veränderungen, denen sich die Staaten stellen müssen. In der Coronakrise funktionierte das bisher ganz gut: In den vergangenen zwei Jahren sind viele europäische Regierungen dem Virus entgegengetreten, indem sie dafür gegründete Staatsstellen auf oberster Ebene ein-

gesetzt haben. Dass die Klimakrise langfristig existenziell bedrohend ist, ist ein Vergleich, der schon oft gezogen wurde. Ein extra dafür eingerichtetes Klimaministerium, wie es in Deutschland nun in der neuen Bundesregierung vertreten ist, haben allerdings die wenigsten Staaten. Aber warum eigentlich nicht? Der Klimaschutz wird derzeit vor allem im Umweltministerium von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni gemanagt. Sie hat im Landtag eindrücklich aufgezeigt, welchen Weg Liechtenstein mit der Klima-strategie gehen sollte. Die Klimapolitik betrifft aber selbstverständlich fast alle Ministerien. Da die fünf Regierungsrätinnen und -räte mehrere Betätigungsfelder haben, also mehrere Aufgaben gleichzeitig meistern müssen und im politischen Alltag mit verschiedensten repräsentativen Aufgaben, Berichten und Anträgen u. v. a.

beschäftigt sind, kann und wird die Klimapolitik aber immer nur ein Teilaspekt ihrer Arbeit sein. Die Regierungsräte haben alle eine ganze Palette von Aufgaben und können sich nie vollständig der Klimapolitik widmen. Um dem Problem mit der nötigen Kraft entgegenzutreten, wäre eine eigens dafür eingerichtete Taskforce bzw. ein Ministerium hilfreich. Insbesondere Umweltministerin Sabine Monauni und viele Landtagsabgeordnete haben in der jüngsten Landtagsdebatte aufgezeigt, dass sie die Klimakrise ernst nehmen und ihr Bestmögliches für ein klimaneutrales Liechtenstein tun. So haben im Koalitionsvertrag zwischen FBP und VU die Energiestrategie 2030 und die Klimavision 2050 den nötigen Platz und die nötige Beachtung erhalten. Eine personell verstärkte Klima-Exekutive würde diese Beachtung nochmals unterstreichen. Einige werden an dieser



(Foto: Paul Trummer)

Stelle sicherlich anführen, dass wir als kleines Land nicht das Weltklima retten können. Dies stimmt – man stelle sich aber die Ausstrahlung gegen Aussen vor, wenn wir so etwas schaffen würden. Zugegeben hat die Idee etwas leicht verträumtes, wirkt eher wie aus einer Glosse als wie ein konkreter politischer Vorschlag. Aber so neu ist die

Sache mit dem Klimaministerium gar nicht. Denn im aktuellen Koalitionsvertrag steht: «Die staatliche Krisenfestigkeit soll mit Blick auf zukünftige globale Herausforderungen, insbesondere den Klimawandel, die Demografie und die Digitalisierung gestärkt werden.» – «Staatliche Krisenfestigkeit»; das lässt sich ja vielseitig definieren.

ANZEIGE

Jahrestreffen der FBP Senioren

Mittwoch, 2. Februar 2022
SAL, Schaan (kleiner Saal)

14.30 Uhr Türöffnung
15.00 Uhr Beginn
16.15 Uhr Ende offizieller Teil
18.00 Uhr Ende der Veranstaltung



Referat «Erfolgsgeschichte Zollvertrag»
von Dr. Doris Frick

Fakten und Anekdoten

Anschliessend:
Musikalische Einlagen der Seniorenmusik

Für das leibliche Wohl ist gesorgt

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis 30. Januar 2022
via E-Mail an info@fbp.li oder per Telefon an +423 237 79 40

Dies ist voraussichtlich eine
2G Veranstaltung.

FBP

**Bewährtes erhalten.
Zukunft gestalten.**